



Landesvereinigung Unterehmervverbände Rheinland-Pfalz · Hindenburgstraße 32 · 55118 Mainz

Enquete-Kommission 17/2 „Corona-Pandemie“
des Landtags Rheinland-Pfalz
Platz der Mainzer Republik 1
55116 Mainz

ausschließlich per E-Mail an
geschaeftsstelle@landtag.rlp.de



DIE UNTERNEHMER
IN RHEINLAND-PFALZ

Karsten Tacke
Hauptgeschäftsführer

Mainz, 23. Oktober 2020

**Stellungnahme im Rahmen des Anhörverfahrens der Enquete
17/2 „Corona-Pandemie“ für den 30. Oktober 2020**

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Rahmen meines Mitwirkens als sachverständiges Mitglied sende ich Ihnen folgend meine schriftliche Stellungnahme. In dieser beziehe ich mich auf die ökonomischen Folgen der Pandemie.

Mit freundlichen Grüßen

Enquete-Kommission 17/2 „Corona-Pandemie“ / Anhörung zum Thema „Lehren aus der Corona-Pandemie“ am 30. Oktober 2020

hier: Schriftliche Stellungnahme zu den ökonomischen Folgen

1. Einführung

Die Corona-Pandemie betrifft alle Bereiche des Lebens und somit auch in erheblicher Weise die Wirtschaft unseres Landes, die sich zeitgleich in wesentlichen Teilen den Herausforderungen durch Digitalisierung und Dekarbonisierung stellen muss. Wir erleben gegenwärtig die schwerste Rezession seit dem 2. Weltkrieg.

Auch daher ist der Austausch zwischen Politik und Wirtschaft von enormer Bedeutung. Dieser Dialog dreht sich im Besonderen um die Frage, wie der Spagat zwischen Gesundheitsschutz und sozialen sowie wirtschaftlichen Folgen zu meistern ist.

2. Ökonomische Aspekte

Die aktuelle Wirtschaftskrise unterscheidet sich maßgeblich von der Finanzkrise 2008/ 2009: Durch den pandemiebedingten, schnelleren Absturz der Wirtschaftsleistung ist dieses Mal auch der Dienstleistungssektor massiv betroffen. Zwischenzeitlich waren zweistellige Minusraten bei Aufträgen, Produktion und Umsatz zu verzeichnen.

Daher ist eine Differenzierung zwischen den Branchen erforderlich. Während Bereiche, wie die Metall- und Elektroindustrie, die Chemische Industrie, die Textil- und die Druckindustrie unmittelbar durch gestörte Lieferketten und einen Nachfrageschock betroffen waren, wurden vor allem Gastronomie, Einzelhandel und der Kulturbereich mit massiven Umsatzeinbrüchen konfrontiert. Andere Branchen wurden mittelbar tangiert. So verzeichnen die Brauereien und Teile der Nahrungsmittelindustrie starke Einbußen durch die temporäre Schließung der Gastronomie. Hiervon ist auch die Energiewirtschaft betroffen, deren Einnahmen aus der Versorgung von Beherbergungs- und Gaststätten ausbleiben. Die Bauwirtschaft hat nach einer grundsätzlich guten Auftragslage nun im Bereich des gewerblichen und industriellen Baus mit spürbaren Auftragsrückgängen zu kämpfen und befürchtet wegen der angespannten Finanzlage der Kommunen künftige Auftragsrückgänge.

Trotz aller Einschränkungen ist eine stabile Ausbildungsbereitschaft der Betriebe über alle Branchen hinweg festzustellen. Es gibt weiterhin mehr freie Ausbildungsplätze als Bewerber. Die pandemiebedingte Einschränkung bei der Vergabe von Praktikumsstellen wird diese Situation voraussichtlich verschärfen, sodass es hier eines verstärkten Engagements der Politik bedarf.

Weitere Einschränkungen oder Einsparungen im Bereich der öffentlichen Investitionen würden zu nicht verkraftbaren Produktionsausfällen und Umsatzeinbußen führen. Das Instrument der Kurzarbeit hat sich erneut bewährt, um massive Arbeitsplatzverluste zu verhindern. Die Inanspruchnahme geht derzeit zurück, allerdings ist die Pandemie noch nicht vorbei und die Finanzrücklagen der Bundesagentur sind nahezu aufgebraucht. Es war richtig, die Klug-Regelungen wegen der andauernden Pandemie zu verlängern. Allerdings dürfen unvermeidbare Strukturanpassungen durch das Instrument der Kurzarbeit nicht auf Kosten der Beitragszahler verzögert werden. Deshalb kann die Kurzarbeit kein Instrument auf Dauer sein.

Die Hilfsprogramme und Konjunkturpakete waren dank solider Finanzpolitik unverzichtbar. Die Landesregierung hat richtig gehandelt, indem sie mit dem Prinzip Genauigkeit vor Schnelligkeit die missbräuchliche Inanspruchnahme der Liquiditätshilfen verhindert hat und damit Mittel sichern konnte, die für das Wiederanlaufen der Wirtschaft nach der Pandemie und zur Sicherung des Wirtschaftsstandortes Rheinland-Pfalz dringend erforderlich sind. Zur mittel- und langfristigen Erholung der Wirtschaft sind steuerliche und regulatorische Entlastungen notwendig. Gleichbleibende Bürokratie und fehlende Investitionssicherheit führen bei rezessionsbedingt niedrigeren Umsätzen zu einem unaufhebbareren Innovationsverlust, welcher zwangsläufig den Wirtschaftsstandort massiv schädigen würde.

3. Soziale Aspekte

Für die Unternehmen in diesem Land ist der gesellschaftliche Zusammenhalt ein Standortfaktor. Hierfür engagieren sie sich auf vielfältige Weise und leisten gemeinsam mit ihren Beschäftigten einen großen Beitrag. So war die Sicherung der Produktion durch intensiven Arbeitsschutz mit Masken, Abstandsregelungen, Desinfektionsmitteln und Schichtplangestaltung ein gutes Beispiel für den Gemeinschaftssinn in unserem Bundesland.

Eine leistungsstarke Wirtschaft ist maßgeblich für die Finanzierung unseres Sozialstaats. Insbesondere die Industriearbeitsplätze tragen wesentlich zur finanziellen Stabilität der sozialen Sicherungssysteme bei. Dennoch ist die Leistungsfähigkeit der Unternehmen begrenzt. Unsere im internationalen Vergleich hohen Steuern, Sozialversicherungsbeiträge, Energiekosten und Arbeitsmarktregulierungen müssen durch hohe Flexibilität bei der Arbeitsorganisation und durch Produktivität bei den Herstellungsprozessen ausgeglichen werden. Das Zusammentreffen dieser Herausforderung mit den Folgen der Corona-Pandemie und dem politischen Druck auf die Transformation beinhaltet das hohe Risiko einer Überforderung. Deshalb sind zusätzliche Belastungen durch steigende Sozialversicherungsbeiträge, Steuern oder Arbeitsmarktregulierungen im Sinne der Sicherung unserer Arbeitsplätze zwingend zu vermeiden.

Aus Sicht der Unternehmen war die schrittweise Öffnung von Kitas und Schulen der richtige Schritt. So wurden zum einen die Bildungschancen der jungen Generation gewahrt und zum anderen den Eltern eine Rückkehr ins Arbeitsleben ermöglicht.

4. Arbeitsorganisatorische Aspekte

Die Unternehmen tun alles für die Gesundheit ihrer Mitarbeiter und um die Produktion aufrecht erhalten zu können. Dieses Engagement hat einen hohen Preis. Für die Industrie bedeutet die Umstellung der eingefahrenen Produktionssysteme auf Corona-Bedingungen massive Belastungen. Dies hängt mit der abstands- und hygienekonformen Gestaltung der Arbeitsplätze und der Prozessabläufe zusammen. Vor allem die Produktivitätsverluste durch geänderte und langsamere Produktionsprozesse führen zu immensen finanziellen Belastungen, die neben den Umsatzeinbrüchen die finanziellen Reserven der Betriebe auflösen. Dadurch gehen auch Investitionsmöglichkeiten für die Gestaltung der Transformation verloren. Dies gilt genauso für den Dienstleistungsbereich, der durch geringere Auslastung ebenfalls drastische Einbußen hinnehmen muss.

Deshalb reagiert die Wirtschaft mit Unverständnis auf die unzureichende Durchsetzung der Abstands- und Hygieneregeln im öffentlichen Raum. Dadurch wird das Engagement der Betriebe unterlaufen und entwertet. Die Unternehmen haben bewiesen, dass eine Produktion unter Corona-Bedingungen möglich ist. Hier ist die Politik gefordert, um auf Bundesebene einheitliche Rahmenvorgaben zu schaffen, die dann auf Landesebene entsprechend dem Infektionsgeschehen umgesetzt werden können.

Viele Betriebe haben bereits vor der Corona-Pandemie positive Erfahrungen mit mobilen Arbeiten gemacht. Dies hat sich im Laufe der Pandemie verstärkt und verändert die Arbeitsprozesse positiv. Mobiles Arbeiten findet überall dort Anwendung, wo es unter Berücksichtigung der Interessen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern Sinn macht. Der derzeit vorgeschlagene Anspruch wäre eine bürokratische Belastung und würde das Konzept der Vertrauensarbeitszeit konterkarieren. Zahlreiche tarifvertragliche Regelungen, die dieses Thema bereits interessengerecht geregelt haben, würden unterlaufen.

5. Schlussfolgerung

Massive Eingriffe in die Wirtschaft und umfangreiche Hilfsprogramme dürfen angesichts begrenzter Ressourcen nur von kurzer Dauer sein. Nur wettbewerbsfähige, innovative Unternehmen können Arbeitsplätze schaffen, den Sozialstaat finanzieren und Steuereinnahmen generieren. Die Standortsicherung muss in den nächsten Monaten neben dem Gesundheitsschutz höchste Priorität haben.

Hohe Strompreise, vergleichsweise hohe Unternehmenssteuern, ein hoher Druck auf Anhebung der ohnehin schon hohen Sozialversicherungslasten und hohe Bürokratielasten behindern die wirtschaftliche Erholung und die Ansiedlung neuer Produkte und Produktionsstandorte in Rheinland-Pfalz. Dies erhöht den Druck, auf Landesebene Standortvorteile zu generieren.

Voraussetzung für die wirtschaftliche Erholung ist außerdem, dass wir gemeinsam den exorbitanten Anstieg der Infektionszahlen verhindern. Unternehmen zeigen Verantwortung und nehmen den Gesundheitsschutz ernst. Die angekündigte Neuausrichtung der Teststrategien in Bund und Ländern, die eine Nutzung von Schnelltests vorsehen soll, ist dabei wichtig. Das hohe Engagement der Betriebe und ihrer Mitarbeiter darf nicht durch fahrlässiges Verhalten im öffentlichen Bereich unterlaufen werden. Hier sind Politik und Behörden gefragt, die Beachtung der AHA+L+C-Regeln konsequent durchzusetzen.

Eine zukunftsfähige Wirtschaft, die Ökologie und Wohlstand in Einklang bringt, braucht die Innovationskraft der Unternehmen am Wirtschaftsstandort Rheinland-Pfalz. Damit diese den Freiraum und die Kapazitäten für Investitionen haben, braucht es planbare Rahmenbedingungen ohne zusätzliche Belastungen.